

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Gebührenfreie Kitas - es bewegt sich was!

Eltern können bis zu 5.000 Euro sparen

In deutschen Landen schießen Beschlüsse für gebührenfreie Kitas wie Pilze aus dem Boden. Unabhängig vom Elterneinkommen ist die Kita in Rheinland-Pfalz für 2-6 Jährige seit 2010 gebührenfrei, in Hamburg fünf Stunden lang für alle Altersstufen bis zur Einschulung. In Berlin zahlen Eltern für 3-6 Jährige keine Gebühren, schrittweise gilt dies ab 2018 auch für Unterdreijährige. Brandenburg zieht 2018 für das letzte Kita-Jahr vor der Einschulung nach.

Neueste Meldungen kommen aus Niedersachsen. Schon bisher zahlten Eltern im dritten Kita-Jahr nichts mehr, ab 2018 wird dies auf das erste und zweite Kita-Jahr ausgedehnt.

Ganz forsch geht die schwarz-grüne Landesregierung in Hessen vor. Dort gilt Gebührenfreiheit ab 1. August 2018 für sechs Stunden Regelbetreuung in den drei Kita-Jahren. Laut Bouffier (CDU) sparen Eltern dadurch etwa 5.000 Euro. Er wies die Kritik zurück, dass auch wohlhabende Eltern entlastet werden. Wer dies behauptete, müsse

auch den kostenlosen Schulbesuch infrage stellen. Weil Hessen neben der



Gebührenfreiheit auch Geld für Ausbildung, Vertretungskräfte, mehr Fachpersonal und den Kita-Ausbau bereitstellt, sprach Al-Wazir (Grüne) von einem gelungenen „Dreiklang“.

Und Baden-Württemberg?

Selbst im reichen Baden-Württemberg bewegt sich langsam etwas. Seit 10 Jahren gibt es in Heilbronn den einstimmigen Beschluss der Gebührenfreiheit für alle Kita-Kinder, egal ob in Regelbetreuung, verlängerten Öffnungszeiten oder Ganztagsplatz. Außerdem erhalten alle Sprachförderung, alle Kita-Leitungen werden von der Betreuungsarbeit freigestellt und Ersatzkräfte für kranke Erzieherinnen werden aufgestockt. Seit 2007 hat die Stadt 45 Millionen investiert, um Abwanderung junger Familien in den Stuttgarter Speckgürtel zu verhindern. Erfolgreich: Der Geburtenanstieg liegt über dem Landesdurchschnitt.

Dem Heilbronner Erfolg eifert inzwischen Künzelsau nach, in Keltern und Straubenhardt (Enzkreis) ist das dritte Kita-Jahr gebührenfrei.

Im Dezember hat Mannheim mit breiter Mehrheit beschlossen, ab 2018 das zweite Kita-Jahr und ab 2019 auch das erste Jahr gebührenfrei zu machen. >>>

Lesen Sie weiter:

Stuttgart 21 - Projekt entgleist Seite 3

Neoliberaler Landeshaushalt: Kommunen sollen zahlen Seite 5

Und wieder töten deutsche Waffen Seite 7

Rottenburg braucht Wohnungen Seite 9

Ist es besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren? Seite 11

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Man sieht: Die Bewegung für Gebührenfreiheit ist nicht mehr aufzuhalten. Denn spätestens seit dem Orientierungsplan ist klar, dass Kinderbetreuung Teil des Bildungswegs aller Kinder ist und Defizite am Anfang später hohe „Reparaturkosten“ verursachen.

Das Argument, erst müsse sich die stockkonservative Landesregierung in Stuttgart bewegen, ist angesichts der höchsten Steuereinnahmen seit 70 Jahren eine faule Ausrede. Seit 2013 hat Stuttgart die Zuschüsse für Kitas auf 529 Mio. Euro trotz steigender Kinderzahlen eingefroren. Die Kommunen werden gezwungen, den „Eigenanteil“ der Eltern zu erhöhen. Außerdem weigert sich die neoliberale Landesregierung, selbst die erbärmlichen Entgelte für die Tageseltern anzuheben!

Und Rottenburg?

OB Neher, Vorreiter für eine „soziale Stadt“, rühmt sich zwar, seit Jahren einen schuldenfreien Haushalt vorzulegen und sich jetzt für eine Landesgar-

tenschau (ca. 25 Mio. Euro) in Rottenburg zu bewerben. Aber **gebührenfreie Kitas gehören für ihn nicht zum positiven Stadtimage!**

Besonders peinlich war der Auftritt von Rottenburgs Grünen. Im Vorfeld hatte die junge Mutter Lena Mager in ihrer Rathaus-Runde gegen die Abschaffung der Elternbeiträge gewettert: „Die Qualität der Kindertagesstätten ist uns Grünen wichtiger als Gebührenfreiheit.“

Wann gab es in den letzten neun Jahren im Gemeinderat einen Antrag der Grünen zur Qualitätssteigerung in unseren Kitas?

Einen Antrag für bessere Qualität durch mehr Krankheitsvertretungen oder mehr Anleitungszeit für Auszubildende stellen sie auch dieses Jahr nicht.

Kein Wunder: **Jörg Bischof** erwies sich in seiner Haushaltsrede als würdiger Vertreter einer neuen Wirtschaftspartei:

„Wir wollen die Weichen so stellen,

dass es unserer Wirtschaft auch in Zukunft gut geht. (...) Wir investieren mit dem Haushalt 2018 eine Menge in die Zukunft unserer Wirtschaft. Wir bringen den Breitbandausbau voran und schaffen 1,75 neue Vollzeitstellen zur Förderung der Wirtschaft. (...) Dabei unterstützen wir das Gesamtkonzept zur Wirtschaftsförderung und zum Citymanagement.“

Und als Sahnehäubchen sichert er der Wirtschaft zu, dass die Gewerbesteuern keinesfalls angehoben werden. Dass bei so viel Wirtschaft unsere Kinder auf der Strecke bleiben, ist kein Wunder.

Einzig **DIE LINKE** hatte drei Anträge zur Kinderbetreuung gestellt:

Gebührenfreiheit, mehr PIA-Stellen und mehr Anleitungszeit für die Ausbilderinnen. Dafür wird sie auch 2018 eintreten!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Vom Fahren und Warten

Vor 29 Jahren zog ich mit meiner Familie nach Rottenburg und wohne seit 18 Jahren im Kreuzerfeld. Aus Überzeugung benutze ich mein Auto sehr selten, z.B. bei Krankheit, Notfall, Grüngut für Häckselplatz. Alle Termine, Arztbesuche, Alltagserledigungen im Städtle erledigte ich fast ausschließlich zu Fuß, mit Fahrrad oder Stadtbus.

Seit Oktober benutze ich fast nur den Bus. Kein Problem, da bisher zwei Linien, oft zwei Fahrten pro Stunde vom Kreuzerfeld zum Eugen-Bolz-Platz über Bahnhof und Marktplatz hin und zurück fahren. Jetzt fährt nur noch 1 Linie, 1x pro Stunde und nur vom Kreuzerfeld bis zum Bahnhof.

Beispiel: Termine Montag und Freitag 9.30 Uhr in der Physio- praxis: 8 Uhr zur Bushaltestelle Flavierweg, 8.13 Busabfahrt, 8.19 Ankunft Bahnhof -Endstation. Nach 25 Minuten Wartezeit um 8.42 mit Linie 3 zum Markt, Ankunft um 8.46. 10 Min. zur Praxis, 30 Min. Wartezeit bis zum Termin, um 10.10 wieder am Marktplatz. Bus von dort um 10.59, also 50 Min. Wartezeit. Sitzen auf der Bank im Winter unmöglich! Warten im Rathausfoyer, WTG usw. Ich kann am Bahnhof sitzen bleiben, weil aus Bus Linie 3 der Bus Linie 1 wird. Jippi! 11.30 Uhr zuhause.

Von der 210 Min. sind insgesamt 25 Min. Fahrtzeit, 75 Min. Wartezeit auf zwei Busse, 30 Min. Wartezeit in der Praxis, 30 Min. Behandlung und Fußwege. Früher brauchte ich 2 Stunden weniger!



Jetzt nehm ich das Auto! Mein schlechtes Gewissen, dass ich jetzt anderen einen Parkplatz wegnehme, die Luft verpeste, das Verkehrsaufkommen erhöhe, wird eine Weile mitfahren...

Jetzt singe ich fröhlich von der EAV (erste allgemeine Verunsicherung): "Mit meinem (Nobel)hobel fahr ich auf der Autostrada, einmal kurz auf's Gas und schon bin ich dada ..."

Änderungen bzw. Nachbesserungen beenden mein Gejodel hoffentlich bald!

Christine Schüssler
Rottenburg

Die Redaktion dankt für die Abdruckerlaubnis des Leserbriefes.

Stuttgart 21 – Projekt entgleist

Schlingerkurs in den Abgrund

Stuttgart 21 kommt nicht aus den Schlagzeilen. Nur ein Wahnsinniger kann noch daran glauben, dass dieses Murks-Projekt jemals in Betrieb gehen kann. Immer neue Kostensteigerungen und nach hinten verschobene Fertigstellungstermine machen die Runde. Unübersehbare Risiken wie mangelhafter Brandschutz, das unbeherrschbare Anhydrit-Gestein und das kriminelle Längsgefälle des Bahnsteigs von 15 Promille sind nur einige Punkte, die S21 immer unrealistischer erscheinen lassen.

Bis in die jüngste Vergangenheit hatte die Bahn immer wieder gebetsmühlenartig erklärt, Stuttgart 21 koste 6,5 Milliarden Euro und werde bis Ende 2021 fertiggestellt. Dass sich diese Zusagen nicht halten lassen, piffen schon die Spatzen von den Dächern, und zwar spätestens dann, als die Bahn einräumen musste, dass sie mit den Bauarbeiten zwei Jahre im Rückstand ist. Diesen Zeitverzug wollte sie aber aufholen, indem die Arbeiten auf verschiedene Weise „beschleunigt“ werden sollten. Schließlich hat der Bahn-Infrastruktur-Vorstand Pofalla die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC und die Ingenieurgruppe Emch+Berger mit einem Gutachten beauftragt, das feststellen sollte, was an den bisherigen Termin- und Kostenplänen noch realistisch ist, um dann das Ergebnis dem Bahn-Aufsichtsrat vorzulegen.

Das Gutachten ergab eine weitere Kostensteigerung um eine weitere Milliarde auf nunmehr 7,6 Milliarden Euro sowie einen um weitere drei Jahre hinausgezögerten Fertigstellungstermin auf Ende 2024. Damit kommt die Wahrheit aber nur scheinbar zum Licht, denn beides dürfte nicht einzuhalten sein. Immerhin ging der Bundesrechnungshof schon von 10 Milliarden aus, und selbst bei der Baufirma Züblin ist hinter vorgehaltener Hand von einer Fertigstellung nicht vor 2026 die Rede. Da die Bauarbeiten an der Neubaustrecke nach Ulm eher im Zeitplan liegen als beim Stuttgarter Tiefbahnhof, kam die Bahn auf die glorreiche Idee, diese Neubaustrecke schon vorzeitig in Betrieb zu nehmen.

Dann wollte die Bahn aus Kostengründen am Flughafen nur noch drei Fernverkehrs-Zugpaare pro Tag halten las-

sen. Darüber hinaus wird gemunkelt, dass der unterirdische Flughafenbahnhof durch einen oberirdischen Haltepunkt an der Autobahn ersetzt werden soll, der wesentlich billiger kommt, dafür aber den Flugreisenden lange Wege zu den Terminals zumutet. Ursprünglich waren täglich 100 ICE-



Halte geplant, wobei Züge von und nach Ulm im Zweistundentakt verkehren sollten.

Diese Einschränkung hat nicht nur S21-Gegner erbost, sondern insbesondere auch viele S21-Befürworter, da die Bahn ihre Zusagen nicht eingehalten hatte. Sogar MP Kretschmann war darüber erzürnt, da über einen leistungsfähigen Verkehrsknoten am Flughafen auch bei der sog. „Volksabstimmung“ abgestimmt worden war. Dabei vergisst er allerdings, dass auch der Kostendeckel von 4,5 Milliarden Euro Gegenstand der Abstimmung war, der ja nun bereits wiederholt deutlich überschritten wurde. Trotzdem hält Kretschmann immer noch an seinem Credo fest: „Die Volksabstimmung gilt, der Käse ist gegessen“.

Bei den gestiegenen Kosten will nun die Bahn die Projektpartner in die Pflicht nehmen, sich über die vertraglich gemachten Zusagen hinaus daran zu beteiligen. Diese wollen sich aber auf keinen Fall daran beteiligen, so dass die Bahn sie auf Zahlung verklagen will. In der grün-roten Landesregierung wird dies wohl zu Verwerfungen führen, denn der CDU mit ihrer Scharfmacherin Nicole Razavi wäre es wohl allemal lieber, wenn es doch noch ein Hintertürchen gäbe, sich an den Mehrkosten zu beteiligen, um S21 nicht scheitern zu lassen.

Nun hat die Bahn nicht nur bei Stuttgart 21 Probleme, die ihr einen immensen Imageschaden zufügen. Erst im vergangenen Jahr kam es zur Tunnelkatastrophe vom Rastatt, bei der die wichtige Nord-Süd-Verbindung Rotter-

dam-Schweiz-Genua wochenlang unterbrochen wurde. Und selbst bei ihrem neuen Paradepony, der ICE-Neubaustrecke München-Berlin, blieb der Eröffnungszug mit viel Prominenz unterwegs liegen und erreichte erst mit mehrstündiger Verspätung sein Ziel. Selbst an den darauffolgenden Tagen kam es noch zu zahlreichen Pannen, Zugausfällen und Verspätungen.

Immer wieder wird behauptet, der Bau von Stuttgart 21 sei so weit vorangeschritten, dass das Projekt unumkehrbar ist. Diese Sichtweise täuscht allerdings, denn S21 kann, wie es derzeit geplant und gebaut wird, niemals in Betrieb gehen. Aus diesem Grund wurde von S21-Gegnern das Alternativprojekt Umstieg 21 vorgestellt, bei dem, unter Einbeziehung der bisherigen Baumaßnahmen, der bestehende Kopfbahnhof erhalten bleibt. Dabei werden Park und Seitenflügel wieder errichtet, sowie ein Omnibusbahnhof und ein Dienstleistungszentrum integriert. Vor allem aber werden 5 Milliarden Euro eingespart. Von den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft ist diese einzig vernünftige Variante aber politisch nicht gewollt, jedenfalls noch nicht, solange Profitgier und Immobilienwahn dominieren und sich Politiker und Lobbyisten nur profilieren möchten.

Der Widerstand gegen S21 ist ungebrochen und dauert nun schon mehr als acht Jahre an. Kürzlich hat bereits die 400. Montagsdemo stattgefunden. Das Projekt stand noch nie so schlecht da wie heute. Mittlerweile ist es auch für die Bahn und andere Projektbetreiber nicht klar, wie es weitergehen soll. Darüber will Ende Januar der DB-Aufsichtsrat entscheiden, nicht zuletzt aufgrund des oben erwähnten Gutachtens. Wir aber wollen auch weiterhin am Ball bleiben, den Finger in die Wunde legen und vor allem

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von **Jürgen Hückstädt**
Rottenburg

Die Friedhofskirchen in Rottenburg

Im schwäbischen Tagblatt wurde in Leserbriefen intensiv die Entscheidung der katholischen Gemeinden Rottenburgs diskutiert, diese Kirchen nur noch Menschen zu öffnen, die den Kirchen des ACK (Arbeitskreis christlicher Kirchen) angehören. Ich pflichte unbedingt Hans Sayer zu, der in seinem Leserbrief vom 19.12.17 deutlich machte, dass alle Entscheidungen zu den Friedhofskirchen in Rottenburg von der kirchlichen Leitung zu verantworten sind.

Unverändert gibt es keine nachvollziehbaren Gründe für die unterschiedliche Behandlung von Trauergemeinden.

1. Gleich ob freier Trauerredner oder evangelischer Pfarrer – jedes Mal wird eine Nutzungsgebühr fällig.
2. Eine Kirche oder Altar sind sowohl für Atheisten wie für die evangelische Landeskirche keine geweihten Räume oder Gegenstände.
3. Respektvolles Benehmen dürfte für alle eine Selbstverständlichkeit sein.
4. Die Kirchensteuer ist kein Argument angesichts des Monatsgehalts des Bischofs von etwa € 11.000,- plus Dienstwagen und Chauffeur, die aus Steuergeldern finanziert werden, nicht aus der Kirchensteuer! Der Bischof und andere Würdenträger erhalten pro Jahr über 50 Millionen Euro, zwangsweise zu 62% abgeführt von den Steuergeldern der Protestanten, Juden, Muslime und religiös nicht gebundenen Menschen im Lande, denen dann vielleicht die Trauerfeier in Friedhofskirchen verweigert wird.

Bevor ungezählte Trauernde zutiefst gekränkt werden, weil ihren Kindern, Eltern, Angehörigen und Freunden ein würdiger Ort verwehrt wird bis Steuergelder verschwendet werden für eine neutrale Halle, wünsche ich mir ein kleines Weihnachtswunder von Herrn Bischof Fürst:



Da es in einem katholischen Bistum nur eine einzige Entscheidungsinstanz gibt, den Bischof, möge er doch für den Weihnachtsfrieden erklären, dass nach reiflicher Überlegung alle gemeinsam zur alten Regelung zurückkehren.

Als Leser des Tagblattes stellt sich mir zum Abschluss die Frage, ob der Gemeinderat Rottenburgs die finanzielle Förderung des katholischen Familienhauses im Kreuzerfeld nicht überdenken müsste, noch dazu, wenn es noch keine verbindlichen Nutzungsregeln für das zukünftige Haus gibt.

Dr. Klaus G. Weber
Rottenburg

Die Redaktion dankt für die Abdruckerlaubnis des Leserbriefes.

Postlaufzeiten in der Stadtverwaltung Rottenburg



Foto: N. Kern

In der Ausgabe Oktober 2017 von „Neues aus dem Neckartal“ veröffentlichten wir einen Beitrag unter der Überschrift „Der Briefkasten im ländlichen Raum - Oder: Der ver-

waltete Mensch à la Sumelocenna“, in der langsame Postweg in der Rottenburger Verwaltung beklagt wurden.

Anfrage von StR Dr. Hörburger im Gemeinderat am 26. Oktober 2017:

StR Dr. Hörburger möchte wissen, wie lange es dauert, bis ein Brief, den ein Bürger samstags zwischen 16 und 17 Uhr in den Briefkasten der Stadtverwaltung wirft, beim jeweils zuständigen Fachamt ankommt.

Beantwortung:

Arbeitsvorgang	Frist/Dauer
Leerung Briefkasten im Rathaus	Montag bis Freitag um 7:00 Uhr
Bearbeitung Eingangspost durch zentralen Posteingang	bis ca. 12:00 Uhr
Durchsicht der Post durch Verwaltungsspitze	2 bis 4 Arbeitstage
Postverteilung an die Fachämter	vormittags und nachmittags
Postverteilung an die Ortschaftsverwaltungen	Dienstag vormittags, Donnerstag nachmittags
Gesamtdauer	3 bis 5 Arbeitstage

gez. Stephan Neher
Oberbürgermeister

Neoliberaler Landeshaushalt: Kommunen sollen zahlen

Finanzlücken und Finanzschwindel

Finanzministerin Sitzmann (Grüne) bezeichnet ihren Doppelhaushalt 2018/19 als „historische Trendwende“. Zum fünften Mal brauchten keine neuen Schulden aufgenommen werden, die Steuereinnahmen des Landes klettern weiter.

Bereits 2016 waren sie um 3,2 Milliarden (fast 10 Prozent) gestiegen, 2017 bis 2019 erwartet das reiche Ländle 2,5 Mrd. Mehreinnahmen. **Doch trotz der Rekordsteuern bedient sich Grün-Schwarz aus der kommunalen Finanzmasse, aus der Städte, Gemeinden und Landkreise ihre Sanierungen und Zukunftsinvestitionen tätigen.** Deshalb kritisieren die drei Kommunalvertretungen – Gemeinde-, Städte- und Landkreistag – aufs Schärfste den neuen Haushalt. „Historische Trendwende“ heißt für sie, „dass „erstmal seit der gesetzlichen Einführung der gemeinsamen Finanzkommission ein Haushalt des Landes ohne eine gemeinsame Empfehlung von Regierung und Kommunalen Landesverbänden zum Finanzausgleichsgesetz (FAG) verabschiedet“ wurde.

Kritik der Kommunalverbände

Die wichtigsten Kritikpunkte der Kommunalverbände sind:

Seit 2013 hat die Landesregierung ihren Betrag zur Kindergartenförderung auf 529 Mio. Euro gedeckelt, so dass die Kommunen gezwungen werden, die Elternbeiträge zu erhöhen, um die wachsende Zahl an Kindern und die Qualität der Betreuung zu verbessern.

Freiburgs OB Salomon wirft Grün-Schwarz einen „systemwidrigen Eingriff“ in kommunale Gelder bei der Krankenhausfinanzierung vor. Sozialminister Lucha (Grüne) soll 2017 seine massive Kürzungen nicht nur mit Bundesmitteln vertuscht haben. Er hat auch

den Gesamtbetrag zur Krankenhausfinanzierung von 461 Mio. auf 438 Mio (in 2019) abgesenkt. Schon jetzt schreibt fast jedes zweite Krankenhaus im Ländle rote Zahlen, ihr jährlicher Förderbedarf beträgt etwa 650 Mio. Euro! Außerdem besteht an den vier

dem bezahlt die Regierung unter dieser Überschrift die Verluste der Neckarpri an den EnBW-Aktien in Höhe von 123 Mio. Euro, die ihr der verfassungswidrige Aktienkauf vom damaligen Ministerpräsidenten MP Mappus eingebrockt hat.



Uni-Klinika ein Investitionsstau von 3,2 Mrd. Euro. Über den Kommunalen Investitionsfond (KIF) sollen die Kommunen nicht mehr frei verfügen können. Vielmehr müssen sie Bundes- und Landesausgaben wie den Breitband-Ausbau, Krankenhaus-Sanierungen, Digitalisierung der Schulen und den ÖPNV-Ausbau daraus bezahlen. Auch die Verlängerung des Pakts für Integration steht auf dem Spiel. All diese Maßnahmen verstoßen gegen das Konnexitäts-Prinzip („Wer eine Maßnahme bestellt, bezahlt sie“). Aber statt einer „partnerschaftlichen Finanzierung“ greift die Landesregierung willkürlich und nachhaltig in die Kommunalfinanzen ein (OB Salomon).

„Implizite Schulden“?

Eine scharfe Kritik übt der Landesrechnungshof (LRH) an der Grünen-Erfindung der „impliziten Schulden“, die gegen die Landeshaushaltsordnung von 2012/13 verstößt. Danach müsste die Landesregierung eigentlich in den nächsten zwei Jahren mindestens 2,5 Milliarden Euro an Schulden tilgen. Jetzt gibt sie Straßensanierung als „Schuldentilgung“ aus, die sie ohnehin vornehmen müsste. Landesgelder an die Kommunen seien kein Abbau impliziter Schulden, so der LRH. Außer-

Neoliberal ist dieser Finanzschwindel in mehrfacher Hinsicht. Bis 2019 entzieht die Regierung mit ihrem aktuellen Haushaltsbegleitgesetz den Kommunen 2,4 Milliarden Euro an FAG-Geldern für Investitionen. Jahrelang verschleppt sie notwendige Sanierungen,

so besteht bei Schulen ein Bedarf von 6,5 Mrd. und bei Straßen von fast 6,9 Milliarden Euro (Gemeindefinanzbericht). Hinzu kommen Uni-Kliniken und Hochschulbauten mit einem Bedarf von über 10 Mrd. Euro.

Aber die neoliberale Kretschmann CoKG weigert sich, eine höhere Besteuerung der sprudelnden Aktiengewinne (z.B. durch Vermögenssteuer) zu fordern.

Ihre Lösung:

Die Finanzlücken bei Breitbandausbau, Digitalisierung, Sanierung von Schulen, Straßen usw. sollen durch Privatinvestoren (Public private partnership) geschlossen werden. Das hatte Strobl schon beim Albaufstieg der A8 gefordert. Damit können die Spekulanten ihr überflüssiges Geld profitabel anlegen - Grün-Schwarz ebnet ihnen den Weg!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Bestattung von Heiden und anderen Ungläubigen in Rottenburg

Von Verantwortungslosigkeit und Unbarmherzigkeit

Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen der katholischen Kirchengemeinden St. Martin und St. Moriz ist ganz aktuell zu vernehmen, dass sich die entsprechenden Kirchenvertreter zu einem Schweigegelübde in Sachen nichtchristliche Trauerbegleitung in christlicher Umgebung verständigt haben. Man will erst einmal abwarten, ob sich der Sturm der Entrüstung (siehe die Fülle von Leserbriefen in der Rottenburger Post) nicht doch von selber legen wird.

In der Politik nennt man so einen Aufschub oder Stillstand in der Sache auch *Moratorium*. Die Kirchengemeinderäte und ihre Führung haben sich dieses Gelübde auferlegt, um weiterer Kritik und Häme zu entgehen. François VI., Duc de La Rochefoucauld, sagte in diesem Zusammenhang:

Schweigen ist der sicherste Weg für den, der sich selbst nicht traut.

Kurz: Das von hoher katholischer Stelle zunächst unbefristet verordnete Schweigegelübde in Sachen Beerdigungswünsche von „Heiden“ und ihren

Angehörigen klingt auch bei geschlossenen Mündern wie Donnerhall und ist das Eingeständnis in christlicher Verantwortung und Barmherzigkeit völlig versagt zu haben.



Vor verschlossener Tür

Die Stadtverwaltung aber, zumal in Vertretung ihres Oberbürgermeisters Stefan Neher, katzbuckelt vor der Kirche und ebnet ihr sogar den Weg in die Verantwortungslosigkeit. Staat-Stadt Rottenburg kungelt da lieber mit einem kommerziellen Beerdigungsinstitut um den Neubau eines

Verabschiedungsfoyers für Unchristen, um ja nicht dem Zorn der örtlichen Kirche anheimzufallen, um ja nicht die Erbärmlichkeit einer lieblosen Kirchenverwaltung aufzudecken. Ein halbes Jahrtausend nach der Reformation ist das mehr als kläglich.

Zu allem Übel zeigt der Vorgang, dass die Trennung von Staat und Kirche (vgl. Grundgesetz Artikel 140) nur rudimentär umgesetzt ist und stattdessen das zum Teil unsägliche Reichskonkordat von 1933 und seine damit

verbundenen Privilegien für die Kirche und seine Träger (nahezu vollständige Alimentierung der Kirche durch den Staat, ganz abgesehen vom Recht zur Erhebung einer Kirchensteuer) Gültigkeit hat.

Über das alles kann man 72 Jahre nach Zusammenbruch des Faschismus in Deutschland schweigen, obwohl das nicht hilfreich für eine demokratische Entwicklung in Deutschland ist, für das Verhältnis von Kirche und Staat. Man kann auch darüber schweigen, dass die Kirche nicht bereit ist bedingungslos Nächstenliebe zu üben.

Der amtierende Pontifex (zu Deutsch: *Brückenbauer*) und Papst Franziskus führt bei seiner Generalaudienz am 13. März 2015 in Rom aus:

Niemand kann von der Barmherzigkeit Gottes ausgeschlossen werden! Die Kirche ist das Haus, das alle aufnimmt und niemanden abweist.

Man sollte seine Worte ernst nehmen. Auch in der Domstadt Rottenburg am Neckar.

Angelika Theel

(Hervorhebung von der Redaktion)

Nebenjobs Meist nicht aus finanzieller Not

Düsseldorf. Die Zahl der Nebenjobber in Deutschland hat sich seit 2003 auf heute rund 3,2 Millionen mehr als verdoppelt, hat das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) festgestellt. Die meisten Zweitjobber übten die Nebentätigkeit „keineswegs nur deshalb aus, weil sie mit ihrem Haupterwerb nicht über die Runden kommen“. Wichtige Gründe liegen demnach im boomenden Arbeitsmarkt und in der steuerlichen Begünstigung von 450-Euro-Jobs. **afp**

Dreist? Frech? Unverschämt?

Manche Nachrichten verschlagen einem die Sprache. Sind es Fake News oder, weniger verklauusliert, schlichte Lügen? Oder steckt eine Absicht dahinter, die nur nicht deutlich werden darf - aus welchen Gründen auch immer? Soll unsere Meinung manipuliert werden? Denken wir darüber nach!

Wir verbreiten sie ohne Kommentar und nur mit Fragezeichen und mit Angabe der Quelle. (Ke)

Und wieder töten deutsche Waffen Leopard-2-Panzer in Syrien im Einsatz

Der Fraktionschef der LINKEN im Bundestag, Dietmar Bartsch, spricht von „Moralischer Verkommenheit“. Er greift die gestiegenen Rüstungsexporte in autoritär regierte Länder an und bezeichnet das Handeln der Bundesregierung als unmoralisch.

Die Türkei geht mit deutschen Waffen gegen Kurden in Syrien vor. Die Waffen wurden an die Türkei als NATO-Partner geliefert und kommen jetzt in einem völkerrechtswidrigen Krieg zum Einsatz. Die Türkei führt auf syrischem Boden einen Angriffskrieg mit Waffen aus deutscher Produktion. Die Bundesregierung bestätigt den Waffeneinsatz bis jetzt nicht. Bilder aus dem syrisch-türkischen Grenzgebiet belegen aber deren Verwendung.

Wie kommen die Panzer in die Türkei?

Die Türkei ist NATO-Partner und deshalb keinerlei Beschränkungen bei Lieferung von Rüstungsgütern unterworfen, außer es liegen besondere politische Gründe für eine Beschränkung vor. Aber es liegt im Ermessen der Bundesregierung diese Gründe zu definieren!

Zwischen 2006 und 2011 wurden 354 Panzer an die Türkei geliefert ohne Einschränkung ihrer Nutzung. Bei der vorausgehenden Lieferung von knapp 400 Leopard 1 galt noch die Auflage, sie nur zur Verteidigung im Rahmen des NATO-Bündnisses einzusetzen. Offensichtlich geschieht der Panzereinsatz weder im Rahmen der NATO noch ist er durch die Vereinten Nationen legitimiert.

Der geschäftsführende Außenminister und Vizekanzler Gabriel hat kürzlich dem türkischen Außenminister zugesagt, dass der Düsseldorfer Panzerhersteller Rheinmetall wohlwollend prüfe, die Leopard 2 mit einem Schutz gegen Landminen nachzurüsten. Wegen dieser Zusage steht er jetzt unter Druck.

Die Kurden - Freiheitskämpfer oder Terroristen?

Wenn der Panzereinsatz gegen Kurden damit begründet wird, dass es sich da-

bei um die Bekämpfung des kurdischen Terrorismus handele, dann wird deut-

Die Frauen und Männer der kurdische YPG sind ein Bollwerk gegen den IS. Sie haben den dschihadistischen Terror in Kobanê besiegt und sie haben die syrische Stadt Raqqa vom Terror-Kalifat befreit. Aber der islamistische Autokrat Erdoğan verzeiht den Kurdinnen und Kurden in Syrien weder ihr Experiment einer demokratischen Selbstverwaltung noch die garantierte Gleichberechtigung der Frau. Deshalb führt Erdoğan seinen Angriffskrieg gegen Afrin und deshalb kündigt Erdoğan in seinen Kriegsreden offen an, alle Kurdinnen und Kurden aus Afrin

vertreiben zu wollen. In der Region Afrin leben etwa eine Million Menschen. Die kurdische Enklave Afrin wurde bislang noch nicht vom Krieg heimgesucht und beherbergt hunderttausende Flüchtlinge innerhalb Syriens. Bei der türkischen Invasion sind zahlreiche zivile Opfer zu befürchten.

Dieser völkerrechtswidrige Krieg des NATO-Verbündeten Türkei gemeinsam mit als islamistischen Terrormilizen unter der Fahne der FSA ist eine Schande. Es ist eine Schande, dass die Großmächte und die regionalen Einflussstaaten die Menschen in Afrin fallengelassen haben und es ist eine Schande, dass die Bundesregierung weiter einen türkischen Gewaltherrscher hofiert, der in seiner Sprache und seinen Handlungen jedes Maß verloren hat. In Afrin kommen deutsche Leopard-2-Panzer zum Einsatz. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Sigmar Gabriel muss eines klar sein: Wenn Erdoğan die kurdische Enklave Afrin in Syrien zerstören sollte, dann droht ein weiterer Krieg in Syrien mit zahlreichen Menschenrechtsverbrechen.

Pressemitteilung von Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch, Katja Kipping, Bernd Riexinger, 23. Januar

lich, dass es sich um einen innertürkischen Konflikt handelt. Der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion warnt vor vorschnellen Urteilen: „Wir sollten bei Bündnispartner in der NATO mit solchen Vorwürfen vorsichtig sein: „Die Türkei hat das Recht, ihre eigenen Staatsbürger vor terroristischen Angriffen zu schützen, auch

wenn diese über die Grenzen hinweg erfolgen.“ (www.badische-zeitung.de, 24.01.2018)

Wenn man diesen Gedanken weiterführt, dann heißt das nichts anderes, als einen Freibrief zu formulieren für jeden militärischen Einsatz auf fremdem Territorium, soweit der dem Schutz von Landsleuten dient.

Was gibt es besseres in einem Konflikt als alle Konfliktbeteiligte mit Waffen zu beliefern. Der Vorwurf sich auf eine Seite zu schlagen geht ins Leere und die Geschäfte blühen. Und der Waffenproduzent wird betonen: Wir sichern

Arbeitsplätze. So ehrenwert ist Waffenhandel! "Da zeigt sich der ganze Zynismus der Exportpolitik der vergangenen Bundesregierungen, aber ganz besonders der unter Angela Merkel und dem ehemaligen Wirtschaftsminister, jetzt Außenminister Sigmar Gabriel." (Sevim Dagdelen)

Seit 2014 beliefert die Bundesrepublik auch die Peschmerga im Nordirak tonnenweise mit Kriegsgerät unter anderem mit der Panzerabwehrrakete Milan. Die Peschmerga sind die Streitkräfte der Autonomen Region Kurdistan im Nordosten des Irak. Diese Kurden bekämpfen den Islamischen Staat. Zwar mussten die Empfänger eine Endverbleibserklärung abgeben, die besagt, dass die Waffen nicht weitergegeben werden dürfen, aber ein Kontrolle darüber fand nie statt und würde wohl auch nicht erfolgreich stattfinden können. Was sozusagen der Weiterverbreitung von Waffen dienen soll, ist lediglich ein Bonbon für besorgte Gegner von Rüstungsverkäufen. Auf den Schwarzmärkten für Waffen tauchten überall Waffen auf, die allein in die Hände der Peschmerga kommen sollten. Es muss gar nicht politische Absicht unterstellt werden, wenn diese Waffen weitergegeben werden. Der Weiterverkauf kann auch nur ein Zubrot für eigene Kasse sein.

Norbert Kern, Wendelsheim



Tafeln und Vesperkirchen

Zeichen von Solidarität und Armut

Vorbemerkung: Allen, die sich mit großem selbstlosem Engagement bei Tafeln und Vesperkirchen einsetzen, um die Not von Mitbürgern zu lindern, begegne ich mit Hochachtung und Dank.

Tausende gehen jeden Winter in Vesperkirchen - nicht nur in Rottenburg, Tübingen, im ganzen Südwesten - nein in der ganzen Bundesrepublik. Warum muss es in einem reichen Land wie Deutschland Tafeln und Vesperkirchen geben? Es ist ein Versagen des Sozialstaates.

Alles, was die Vesperkirchen und Tafeln anbieten, zeugt vom Versagen ein Gesellschaft, die menschlichen Umgang für sich in Anspruch nimmt. Es wäre eine Überforderung des Staates, jedem Bürger in Begegnungen und Gesprächen die Zuwendung zukommen zu lassen, die er sich wünscht. Viele Mitbürger leben im Schatten unserer Ich-Gesellschaft. Es ist erfreulich, dass es so viele Menschen gibt, die sich mit denjenigen, die nicht auf der Sonnenseite stehen, um ein menschliches Miteinander bemühen. Es ist schön zu sehen, dass mancher-

orts die Vesperkirchen zu einer ökumenischen Veranstaltung geworden sind.

Bürger spenden und Bürger kümmern sich in großer Zahl um Bedürftige. Es geht nicht nur um materielle Bedürfnisse sondern um das Gefühl von Angenommensein zu geben. Es tut gut zu sehen, dass es neben der Ellbogengesellschaft auch viele Menschen gibt, die zwischenmenschliche Solidarität praktizieren.



Viele Besucher der Vesperkirchen kommen aber aus materieller Not. Sie suchen das warme Essen. Wenn in Vesperkirchen ärztlich Grundversorgung in Anspruch genommen werden muss, dann stimmt etwas nicht. Wenn ein Augenarzt Brillen einsammelt, um dann die Lesebrillen an Besucher weiterzugeben, dann stimmt etwas nicht.

Wenn die „Landesmutter“ Gerlinde Kretschmann die Schirmherrschaft über die Vesperkirchen übernimmt, dann ist das eine schöne Geste. Es

bleibt aber zu hoffen, dass sie ihrem Gatten, dem Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg vermittelt, dass

11. Vesperkirche in Rottenburg
im evangelischen Gemeindezentrum Kirchgasse

die Notwendigkeit von Tafeln und Vesperkirchen nicht ein Beleg für ein soziales Ländle ist.

Die Vesperkirchen sollten vermehrt den Mut aufbringen deutlich auf die Missstände hinzuweisen, Verbesserung zu fordern und in den politischen Raum hinein zu wirken. Sie müssen Sprachrohr werden für die, die in Armut leben müssen. Gott mag trösten, aber erst die Tafel und Vesperkirchen machen satt. Dieses Satt-machen ist Aufgabe eines sozialen Staates und darf nicht guten Menschen zugeschoben werden.

Vorbemerkung: Allen, die sich mit großem selbstlosem Engagement bei Tafeln und Vesperkirchen einsetzen, um die Not von Mitbürgern zu lindern, begegne ich mit Hochachtung und Dank.

Karin Kern, Wendelsheim

Deutsche Rüstungsexporte

Von wegen restriktive Rüstungsexportpolitik

Die Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat 2017 mehr Rüstungsausfuhr in Länder außerhalb der NATO genehmigt als im Jahr zuvor. Sie beliefen sich auf 3,795 Milliarden Euro. 2016 waren es 3,668 Milliarden. Der Gesamtwert der Lieferungen lag von 2014 bis 2017 bei 25,1 Milliarden - 21 Prozent höher als unter der schwarz-gelben Koalition (CDU/CSU und FDP) von 2010 bis 2013.

Die Große Koalition von 2013 trat mit der Ansage an, die Waffenexporte restriktiver zu handhaben. Die Lieferungen an Drittstaaten, also Staaten die nicht in der EU und der NATO sind, nahmen um 47 % auf 14,48 Milliarden zu.

In den Sondierungsverhandlungen zur Bildung einer neuen Großen Koalition

hat die SPD einen Stopp von Rüstungsexporten an die Krieg im Jemen beteiligten Länder durchgesetzt. Der Krieg dauert inzwischen drei Jahre. Betroffen sind

„Die Zahlen, die jetzt öffentlich geworden sind, zeigen, dass es ein Maß auch an moralischer Verkommenheit gibt, was ich nicht für möglich erachtet habe.“ Dietmar Bartsch, DIE LINKE

Jordanien, Ägypten, Bahrain, Kuwait, Marokko, Saudi-Arabien, Sudan, Senegal und die Vereinigten Emirate - teils Länder, die die Menschenrechte verletzen.

Man darf gespannt sein, ob der Stopp die kommenden Koalitionsverhandlungen überstehen wird. Wenn ja, dann wird es auch nicht so schlimm sein, denn wahrscheinlich besteht kein Nach-

rüstungsbedarf und die Rüstungslieferanten haben längst ihre Geschäfte gemacht.

Die Bundesrepublik unterstützt Jordaniens Aufrüstung. Im laufenden Jahr will sie etwa 130 Millionen dafür ausgeben, was die geschäftsführende (!) Verteidigungsminister von der Leyen gegenüber Jordanien zwei Tage nach Abschluss der Sondierungsgespräche versicherte.

Zur Zeit gelten nur Richtlinien der Bundesregierung bezüglich der Waffenexporte. Der geheim tagende Bundessicherheitsrat entscheidet. Jetzt wird ein Rüstungsexportgesetz gefordert. Ob das an den wachsenden Rüstungsexporten etwas ändert?

Norbert Kern, Wendelsheim

Rottenburg braucht mehr Wohnungen

Ist preiswertes Wohnen ein „Konsumwunsch“ oder ein Recht?

Rottenburg hat im Landkreis Tübingen in den vergangenen Jahren den höchsten Bevölkerungszuwachs. Und das bleibt so: Geschäftsführer Volker Derbogen von Rottenburgs Kommunaler Wohnbaugesellschaft (WBR) spricht im neuesten Wirtschaftsplan von mindestens 3.500 neuen Einwohnern bis 2025.

Jahrelang hat die CDU einen Mietwohnungsbau auf der Industriebrache DHL blockiert, im Kreuzerfeld Süd hat sie nur Familien mit Eigenheimen gefördert. Erst **DIE LINKE** hat durchgesetzt, dass mindestens genauso viel Geld für preiswerten Mietwohnungsbau zur Verfügung gestellt wird und vom DHL-Gelände jetzt zwei Drittel für Wohnungsbau zur Verfügung stehen.

Hier ist die Stadt mit ihrem Gewerbegebiet (samt Elektromarkt) glorreich gescheitert – nachdem sie viele Jahre das „Kopfgeld“ aus dem kommunalen Finanzausgleich (aktuell 1.650 Euro pro Kopf) missachtet hat.

Landesweiter Wohnungsmangel

Auch landesweit fehlt es überall an bezahlbarem Wohnraum. Während in den letzten fünf Jahren die Bevölkerung im Land um 367.000 Personen zugenommen hat, fehlen für sie schon jetzt 88.000 Wohnungen. Hinzu kommt, dass jährlich landesweit 1.500 Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen.

Die Anzahl der preisgebundenen Mietwohnungen im Landkreis Tübingen wird bis 2030 um 37 Prozent zurückgehen. Wegen der steigenden Geburtenzahlen und der Zuzüge aus dem In- und Ausland wird es bis 2040 einen Bedarf an 600.000 Wohneinheiten im Ländle geben, so der Geschäftsführer der Kreisbau Tübingen Scheinhardt auf der Fachtagung Mietwohnungsbau des Landkreises (Dezember 2017).

In Rottenburg sind allein 2017 insgesamt 32 Wohnungen aus der Preisbin-

dung herausgefallen. Die 2016 neu gegründete WBR will in Rottenburg in den nächsten zehn Jahren durchschnittlich 30 Wohnungen jährlich neu bauen. Auf dem DHL-Gelände werden ab 2018 zunächst 60 Wohnungen von der WBR entstehen, über die Hälfte als preiswerte Mietwohnungen. Hinzu kommen 30 Wohnungen, die dem Freundeskreis Mensch für Behinderte angeboten werden sollen, 10 Belegungsrechte für Kreisbau-Wohnungen im Alten Spitalhof und einige Wohnungen in städtischem Besitz, die jahrelang nicht saniert wurden und jetzt vor Verfall und Abriss gerettet werden müssen. All das ist anerkennenswert, wird aber gegen die Wohnungsnot nicht reichen!

Ist „Wohnraum“ ein „Konsumwunsch“?

Verständlicherweise geht das vielen Rottenburgern zu langsam. Denn in den letzten Jahren sind hier nur Neubauten im oberen Preissegment entstanden. Investoren haben der Stadt kein einziges Belegungsrecht angeboten. Derbogen nennt das eklatantes „Marktversagen“. Doch die Stadt und die CDU haben durch ihre Fehler massiv dazu beigetragen. Um diese zu korrigieren, hat **DIE LINKE** den Haushaltsantrag gestellt, den städtischen Zuschuss zur stadteigenen WBR von 1,7 auf 3 Mio. Euro zu erhöhen. Damit könnte mehr Personal eingestellt, Planungen beschleunigt werden und Personen mit Wohnberechtigungsschein erhalten schneller ein Zuhause. Eigentlich logisch. Denn der städtische Zuschuss zur WBR ist kein verlorenes Geld wie bei den Belegungsrechten, bei denen die Zuschüsse nach 10 oder

20 Jahren verloren sind. Sondern das Geld für die WBR ist eine Sparkasse, gut in Grundstücke und Wohnungen angelegt, die auch nach 20 Jahren der Stadt gehören.

Das hat die Rottenburger CDU offensichtlich noch nicht verstanden. Ebenso wenig die Wohnraumnot im gesamten Ländle. Alle CDU-Kreisräte aus Rottenburg fehlten ja (wieder einmal) bei der Fachtagung des Landkreises.

In Rottenburgs Gemeinderat griff CDU-Fraktionsvorsitzender Schuh den Antrag der „kleinsten Gruppierung“ zur WBR an, da er „von der Allgemeinheit, dem Steuerzahler, gegenfinanziert werden“ müsse. Für ihn ist die Pflicht

der Stadt, Menschen mit Berechtigungsschein eine Unterkunft anzubieten, ein „Konsumwunsch“ statt ein Menschenrecht.

Mit seiner abwertenden Bezeichnung als „Konsumwunsch“ verstößt Schuh offen gegen die Aufgaben des Eigenbetriebs, der „im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge Aufgaben der Wohnungsversorgung für breite Schichten der Bevölkerung zu sozial vertretbaren Bedingungen“ herstellen soll.

Mittlerweile klagen viele Unternehmen und selbst die katholische Kirche über die Wohnraumnot, weil sie die notwendige Entwicklung unserer Gesellschaft behindern. Aber wie bei der Ausbildung neuer Erzieherinnen hat die Rottenburger CDU Probleme, über den Gartenzaun hinweg zusehen.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Widerstand gegen Neoliberalismus formiert sich

GroKo-Beschluss des SPD-Parteitag

Mit großem Mut und Engagement haben die Gegner einer Großen Verliererkoalition aus CDU/CSU und SPD auf dem SPD-Parteitag gekämpft und einen beachtlichen Erfolg erzielt. Denn nur 56 Prozent stimmten für die neoliberale Position des Parteivorstands eines „Weiter so“.

Im Kern geht es um wesentlich mehr als um eine Regierungsbeteiligung. Es geht darum, ob die Politik der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft (Arm trotz Arbeit, Kinder- und Altersarmut), einer militaristischen Außenpolitik (Ullas Zwei-Prozent-Ziel), einer aggressiven Handelspolitik mittels TTIP und CETA (Gabriels Projekt) in der Tradition von Schröders Agenda 2010 weitergeführt wird oder nicht.

Oder ist die Aufkündigung der deutschen Klima-Ziele hinnehmbar?
Oder 8.000 Pflegekräfte als verkrüppeltes Feigenblatt anstatt der notwendigen 100.000 Kräften akzeptabel?
Oder die Lieferung einer deutschen Panzerfabrik an die Türkei ein „Friedensbeitrag“ für die Region?

Das und nicht das inhaltlose AFD-Gegröhle ist die Ursache für den erdrutschartigen Verlust der beiden „Volksparteien“ in der Bundestagswahl



im September. Der Parteitag zeigte:

Die peinlichen Balkonfotos von Grünen, FDP, CDU und CSU haben die sozialen und ökologischen Proteste nicht ausgrenzen und zum Schweigen bringen können!

Den Unmut über diese Politik mit ihren Vorreitern Sigmar Gabriel und Andrea Nahles versuchte Martin Schulz durch „Mehr Gerechtigkeit“ aufzufangen. Er scheiterte, als er nach konkreten Inhalten gefragt wurde. Denn der Buchhändler aus Würselen wollte von Schröder und Co nicht abrücken und keinen wirklichen Politikwechsel einleiten. Das führte zu seiner Wendehalspolitik und dem Absturz von 30 auf jetzt 18 Prozent.

Beim SPD-Bundesparteitag konnte sich der Vorstand deshalb nur mit Än-

derungen im Leitantrag vor einer Totalblamage retten: Bei Gesundheitspolitik, befristete Arbeitsverhältnisse und Familiennachzug mussten starke Verbesserungen im Koalitionsvertrag versprochen werden. Sonst wird die Mitgliederbasis den beiden Martin endgültig den Laufpass geben.

Das zeigt zweierlei: Der Wunsch nach einem linken Politikwechsel in Deutschland ist ungebrochen und geht weit über die Jusos innerhalb der SPD hinaus.

Zweitens können und müssen diese Kräfte gegen die neoliberalen Absichten von CDU/CSU und Teilen der SPD weiter gestärkt werden, damit nicht die Regierungsbeteiligung der SPD nicht – wie in den vergangenen Jahren – dazu erhalten muss, die programmatische Neuausrichtung der SPD zu unterdrücken.

Für eine konsequent soziale, ökologische und friedliche Politik steht DIE LINKE – deshalb aktiv werden, Mitglied werden!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Gewerbeflächen für Rottenburg

Unternehmensbefragung ist eine Farce!

Mittwoch ging die Stadt mit einer Präsentation der Imakomm-Studie über mögliche neue Gewerbeflächen in Rottenburg an die Öffentlichkeit.

1.300 Unternehmen in Rottenburg wurden angeschrieben. Von ihnen haben 148 geantwortet. 66 Prozent dieser Unternehmen, die geantwortet haben, haben weniger als 10 Mitarbeiter. 45 Prozent dieser 148 Unternehmen planen in den nächsten fünf Jahren „betriebliche Veränderungen“.

Bezogen auf 1.300 befragte Unternehmen sind das fünf Prozent! Welcher Art die „betrieblichen Veränderungen“ sein sollen, wird nirgends ausgeführt. Bei jeder wissenschaftlichen Untersuchung (z.B. in der Medizin) würde man diese Anzahl als unseriöse Grundlage ansehen und die Studie in den Müll-eimer werfen. Imakomm gibt als „Methode“ an, dass

sie beim Flächenbedarf einen „Mittelwert“ durch einen „Methodenmix“ gebildet hat aus dem klassischen Modell, das einen Bedarf von 4-5 ha Fläche ergibt, und einer „Trendfortschreibung“, die einen Bedarf von 105-110 ha ergibt. Daraus „ermittelt“ Imakomm einen „Mittelwert“ von 30-35 ha. Ist das nicht überzeugend?!

Die Stadt hatte ihren Wunsch nach mehr Gewerbeflächen mit höheren Einnahmen bei den Gewerbesteuern begründet. Davon kein Wort im Zeitungsartikel. Kein Wunder, denn die Betriebe, die sich vielleicht „verändern“ wollen, fordern von der Stadt schnellen Breitbandausbau, mehr Parkplätze – und geringere Gewerbesteuern.

Dasselbe Bild beim Argument der Stadt, mehr Gewerbe verringert die Zahl der Aus- und Einpendler. Die Studie gibt an, dass die meisten Aus-

pendler in den nächsten Zentren wie Tübingen, Sindelfingen und Reutlingen fahren. Genauere Angaben über Schwerpunkte nach Branchen oder nach Orten fehlen völlig. Insofern ist eine Prognose, welche angesiedelten Betriebe und Branchen zu einer Abnahme der Pendlerströme führen könnten, nicht vorhanden. Das Pendlerargument erweist sich als Windei.

Erstes Fazit:

Für fünf Prozent der Betriebe in Rottenburg werden unwiederbringlich Natur, Landschaft und Ackerbau verschandelt und zerstört. Die Grundlagen (Zahl der Antworten, Methoden) dieser Studie sind unseriös und entbehren jeglicher Aussagekraft. Die Stadt macht sich lächerlich, wenn sie darauf eine Zukunftsstrategie aufbauen will!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Ist es besser nicht zu regieren als falsch zu regieren?

Bei der SPD fehlt es nicht nur an Führung - Delegierte entscheiden

Bei meinem Verstehen des Grundgesetzes kommt mir inzwischen vieles seltsam vor. Warum habe ich eigentlich vor vier Monaten wählen „dürfen“, wenn erst in einigen Wochen die Basis einer Partei, die gerade einmal 20,5 % der Stimmen bekam, letztendlich darüber entscheidet, ob es eine Regierung geben wird?

Basisdemokratische Entscheidungen sind an sich nicht schlecht, wenn aber Basisentscheidungen von Parteien den Wähler entmündigen, dann hat das nur sehr wenig mit Demokratie zu tun. Aber nicht nur ich werde „übergegangen“, auch die gewählten Parlamentarier werden entmündigt.

Ich weiß, dass die Vorstellung wie unsere parlamentarische Demokratie funktionieren sollte, nicht so praktiziert wird, aber man sollte sich doch mal daran erinnern, wie es gemeint war:

Die Parteien stellen die nach ihrer Ansicht geeigneten Kandidaten auf, die die Ziele der Partei gemäß ihres Wahlprogramms vertreten. Die Wähler wählen gemäß Wahlrecht aus der Zahl der Kandidaten die Abgeordneten des Bundestags - immerhin 709 nach der letzten Wahl. Diese schließen sich entsprechend ihrer Parteizugehörigkeit zu Fraktionen zusammen. Sollte eine Fraktion nicht alleine die Mehrheit haben, um einen Kanzler zu wählen, suchen sie nach Koalitionspartnern, um diese Mehrheit zusammenzubringen. Finden sie nach dem Ausloten (sondieren) von Gemeinsamkeiten einen Partner, verfassen sie einen Koalitionsvertrag. Weil sie sich nicht so ganz vertrauen, formulieren sie die gemeinsamen Regierungsziele bis ins Detail. Dann wählen sie mehrheitlich den Kanzler. Dieser Kanzler sucht sich seine Minister, mit denen er zusammen die Regierung bildet. Jetzt kann regiert werden. (Zum Zwecke des einfacheren Lesens wurden auf die weiblichen Formen verzichtet.)

Von an den Entscheidung teilnehmenden Ministerpräsidenten, Landesministern und anderen Parteifunktionären ist nicht die Rede.

Sie merken, dass das nach der Wahl im September etwas anders lief. Die Parteien einer ins Auge gefassten Koali-

tion aus CDU/CSU, Grünen und FDP konnten sich nicht einigen. Was tun?

Der Wähler hat gewählt - die Parteien interpretieren um

Die CDU mit 26,8 % der Stimmen nahm für sich das Recht der Regierungsbildung in Anspruch. Noch am Wahlabend donnerte Martin Schulz ein No-GroKo in die Mikrofone.

Sie meinen mit den 26,8 % da stimme etwas mit der Zahl nicht. Sie haben Recht. Ich muss das Ergebnis des bayrischen Landesverbandes der CDU, die CSU, mit einberechnen. Ich mache mich mit dieser Betrachtungsweise bei den Anhängern der CSU nicht beliebt, aber erst, wenn ich von einer „ewigen“ Koalition zwischen CDU und CSU ausgehe, komme ich für CDU/CSU auf einen Stimmenanteil von 33,0 %.

Bei den Sondierungsgesprächen fällt auf, dass die beteiligten Parteien wie-

Grundgesetz Art. 20 (2)

Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.

der einzeln auftreten und die 6,2 %-Partei CSU mit 13 (!) Personen vertreten ist, CDU und SPD jeweils mit 12 Personen.

6,2 zu 20,5 zu 26,8 wie 13 zu 12 zu 12. Wahrscheinlich hat das etwas mit Minderheitenschutz zu tun. **Und dann tauchen viele Personen auf, die nicht in den Bundestag gewählt worden sind: Ministerpräsidenten und -anwärter, Landesminister und Parteifunktionäre.** Der Begriff „Parteienstaat“ bekommt eine ganz neue Ausprägung.

Und wie geht es weiter?

56,4 % der Delegierten des SPD-Parteitag stimmten für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen - von 642 Delegierten haben 362 mit Ja gestimmt und 280 - 43,6 % - dagegen.

Die Sondierung mit mehr oder weniger konkreten Vorhaben zu befrachten, war nicht klug. Gleich brachten sich Interessenverbände in Stellung. André Wüstner vom Bundeswehrverband:

„Wenn das tatsächlich so beschlossen wird, dann ist es eine Einigung auf Kosten der Bundeswehr, auf Kosten unserer Verlässlichkeit und Bündnisfähigkeit - und damit auf Kosten der Sicherheit Deutschlands. Das ist unverantwortlich!“ Konflikte mit Interessengruppen wurden zur Unzeit provoziert.

Zu prüfen, was nach zwei Jahren erreicht worden ist, ist nur eine Beruhigungsspielle für die Gegner einer Großen Koalition. Ist es nicht permanente Aufgabe in einer Koalition die Fortschritte bzw. Misserfolge zu registrieren und gegebenenfalls die Koalition aufzukündigen?

Eine Große Koalition ist eine relativ gemütliche Veranstaltung. Zu Beginn der Regierungszeit werden in einem Koalitionsvertrag die Projekte festgeklopft von nur zum Teil legitimierten Personen. Die gewählten Parlamentarier werden Vollstrecker der Vorgaben und wehe, es fiele einem Abgeordneten ein, sich nicht der Parteidisziplin zu beugen, wird er sich bei der nächsten Wahl wohl nicht mehr als Kandidat auf einer Liste finden.

Die Entwicklung der SPD ist reine Kaffeesatzleserei, nur eines ist klar: Aus den letzten Koalitionen ist die SPD nicht gestärkt hervorgegangen. Es wäre besser gewesen zuerst einmal in der SPD selbst zu sondieren. Wer will was eigentlich - und mit wem? Die SPD ist auf dem Weg ihrer selbst verschuldeten Verzweigung. Der Beweis:

SPD 17 %

für die SPD nach einer Umfrage von Forsa (veröffentlicht am 22.01.2018)



Norbert Kern
Wendelsheim



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

#MiAu

Von Grapschern umzingelt, aber „Noi heißt noi!“

Vorsicht! Schpässle!

Die #MeToo - Debatte wird früher oder später auch das Rathaus erfassen. Begründung: Warum sollte es im kommunalen Dunkelfeld, pardon „Graubereich“, nicht auch „Machtmissbrauch“ geben?

Da sehr viele Personen dieser Gegend des Schwäbischen mächtig sind, stelle ich mir vor, dass es ein Leichtes sein könnte, dem Anglizismus ein Schnäppchen zu schlagen: aus #MeToo wird #MiAu.

Das „Dialektische“ in dieser Begriffsschöpfung würde wohl auch die Aggressivität etwas abmildern. Und aus „Nein heißt nein!“ würde ein „Noi heißt noi!“ - hört sich doch auch gleich viel netter an, wenn auch nicht so bestimmt, wie es gemeint sein könnte.

Zu gerne würde sich „Neues aus dem Neckartal“ einfügen als Aufklärer in die Reihe New York Times, New Yorker und Washington Post. Aber niemand offenbart sich uns. Leider! Das wäre der Scoop, die Exklusivmeldung mit Einschlagskraft, die das ganze Neckartal erbeben lassen könnte und je nach Anschuldigung keine Stein des Doms auf dem anderen liesse und unserem „Blättle“ noch mehr Aufmerksamkeit bescheren würde.

„Geständnis von xy (männlich oder weiblich) belasten schwer yz (männlich oder weiblich) wegen ...“, „Ein Mitarbeiter von ... wird beschuldigt ...“. Das wären Überschriften! Aber wir lassen die Finger von solchen oder ähnlichen Meldungen. Zu leicht könnten wir aus kleinkariertem Rache, wofür auch immer, zum Sprachrohr falscher Anschuldigung werden. Wir bleiben sauber, schwören allem Zotigen und Schmutzigen ab. Wir widmen uns dem Großen und Ganzen und meiden aufrecht das schlüpfrige Kleine.

Gespannt bin ich auf die erste #MiAu - Manifestation auf dem Marktplatz oder in der Festhalle. In negligehaftes, körperbetontes Schwarz gekleidete (weibliche) Personen machen auf ihre körperlichen Nicht-Gebrechen aufmerksam und stellen jene bloß, die diese Schönheit verzückt reizend finden. Der emanzipative Zweck heiligt die Mittel.

Um zukünftig allen Anschuldigung zu entgehen, sollte die Stadtverwaltung ein Formular entwickeln, auf dem mit Unterschrift die Einwilligung zu all dem angekreuzt werden kann, was die betroffene Person nicht stört. (Siehe Kasten. Ein Duplikat des Einwilligungsformulars wird beim Ordnungsamt hin-

terlegt. Für weibliche Personen sollte das Formular in rosa, für männliche in Babyblau und für die dazwischen in Lindgrün gehalten sein.

Einwilligungsformular

(Name, Vorname, Amtsbezeichnung
() Ich darf angelächelt werden.
() Ich darf freundlich begrüßt werden.
() Ein zweideutiges Witzchen stört mich nicht.
() Ein zurückhaltendes Tätscheln am Arm gestatte ich.
() Ein Küsschen in Ehren werde ich niemandem verwehren.
()
()
()
Alles Nichtgenannte verbitte ich mir auf das Schärfste!

Das Thema ist zu ernst, um es der letzten Seite zu übergeben, die doch eher des schmunzelndes Unterhaltens gewidmet sein sollte und doch sollten wir die Galanterie, den Flirt, das Kompliment, die Kunst der Verführung retten. Nicht jedes Aus-dem-Mantel-helfen, Stuhl-zurecht-rücken und Tür-offenhalten ist eine anzügliche Anmache.

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpatz
Samstag, 27. Januar 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
Mittwoch, 31. Januar 2018, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpatz
Samstag, 24. Februar 2018, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
Mittwoch, 28. Januar 2018, 19.30 Uhr, Gaststätte Engel, Königstraße 7, 1. Stock

Kontakt zu **linksjugend rottenburg:**
facebook.com/solid-rottenburg-a.N.
E-Mail: rottenburg@linksjugend-solid-bw.de

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe: **Freitag, 16. Februar 2018**

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an



Gemeinderat Dr. Emanuel Peter (EP)
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion
Norbert Kern (Ke), 72108 Rottenburg - Wendelsheim, Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.
Hans Jürgen Petersen (Pe), 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49